

II-8335 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4110 W

1993-01-19

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, DDr. Niederwieser, Strobl,
Mag. Guggenberger
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Maßnahmen gegen die von der Bundesarbeitskammer festgestellten Defizite im
Umweltrecht

Die Bundesarbeitskammer hat nach einer im Herbst des Vorjahres fertiggestellten Studie "ein eklatantes Vollzugsdefizit" hinsichtlich des Umweltrechts festgestellt. Dieses Defizit beruhe "auf vielfältigen Ursachen" und sei nur mit einem Bündel von flexiblen und innovativen Maßnahmen zu bewältigen. Vor allem sei eine stärkere Verpflichtung der Verursacher zur Einhaltung der Regelungen notwendig (s. Kurzfassung der Studie, BAK, Oktober 1992).

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie daher nachstehende

Anfrage:

Welche Maßnahmen werden Sie im Sinne der von der Bundesarbeitskammer erstellten "Vorschläge zur Verbesserung der Vollzugssituation" setzen?

Diese Vorschläge beinhalten insbesondere

- o die Verlagerung der Kontrolle (zusätzlich zu den behördlichen Kontrollen sollten Zivilingenieure in die laufenden Kontrollen eingebunden werden, die Eigenkontrolle der Betriebe soll verstärkt werden);
- o die verpflichtende Einführung von Umweltbeauftragten;
- o die Einführung eines "Umweltinspektorates" (Konstruktion ähnlich dem Arbeitsinspektorat);

- o die Ermöglichung nachträglicher Sanierungsvorschreibungen, Verpflichtung zu regelmäßigen "Emissionserklärungen";
- o den Ausbau der Nachbarrechte sowie
- o die Verstärkung der "fachspezifischen Aus- und Weiterbildung der Vollzugsorgane" (u.a. Reform der Ausbildung der Amtsärzte).